

Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik

Rahmen für die Deutsche Sicherheitspolitik

1. Veränderte Sicherheitslage - Verantwortung Deutschlands

› Die weltweite Sicherheitslage hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend geändert. Deutschland muss sich stärker auf dieses veränderte Umfeld ausrichten. Sowohl die unvorhersehbare sicherheitspolitische Lage außerhalb unseres Landes als auch die drohende Gefahr von Anschlägen in Deutschland erfordern eine neue Sicherheitsarchitektur. Die deutsche Sicherheitsarchitektur muss sich an die neuen Herausforderungen anpassen.

› Deutschland stellt sich seiner gewachsenen Verantwortung als Teil einer Verantwortungsgemeinschaft und insbesondere um seiner eigenen Sicherheit Willen. Wir nehmen die Verpflichtungen innerhalb der VN, NATO, EU und OSZE an. Deutschland hat ein Interesse an offenen Handelswegen und an der Mitwirkung bei der Beantwortung geostrategischer Fragen. Daneben bleibt unverzichtbar, dass Staaten in Krisenregionen in die Lage versetzt werden müssen, selbst für Sicherheit und Stabilität zu sorgen.

› Die ergänzende Unterstützung durch die Bundeswehr im Inland hat sich in der Praxis bewährt. Bei Bedarf müssen wir in Ausnahmefällen die personellen und materiellen Fähigkeiten der Bundeswehr zur Unterstützung der Polizei auch zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nutzen können. Das kann zum Beispiel im Zusammenhang mit einem Terroranschlag im Inland der Fall sein, wenn die Mittel der Polizei nicht mehr ausreichen.

2. Stärkung der Bündnisfähigkeit

› Durch die aggressive Außenpolitik Russlands rücken konventionelle Bedrohungen an der Ostgrenze der NATO wieder in unseren Fokus. Es gilt, Russland mit einem Zweiklang aus Dialog und Abschreckung zu einem friedlichen Verhalten zurückzuführen. Bündnisverteidigung gewährleistet für Deutschland die Landesverteidigung. Mit dem Beitrag zur Very High Readiness Joint Task Force (VJTF) der NATO sowie weiteren Maßnahmen leistet Deutschland einen notwendigen, aber auch überaus personal- und materialintensiven Beitrag zur Absicherung der NATO-Ostgrenze. Ziel muss es sein, auch mit einer verstärkten Interoperabilität von Ausrüstung und Ausbildung sowie einer verstärkten Zusammenarbeit im Bündnis sowohl den Zusammenhalt als auch die Reaktionsfähigkeit zu erhöhen. Aktuell verstärken

die USA wieder ihren Verteidigungsbeitrag innerhalb der NATO in Europa. Dieses ist als Rückversicherung für die europäischen Nationen unverzichtbar, die jedoch den Hauptanteil bei der Absicherung der NATO-Ostgrenze werden tragen müssen. Die NATO-Partner sind daher angehalten, unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen nationalen finanziellen Verhältnisse, dem NATO-Ziel von Verteidigungsausgaben in Richtung von zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes stärker gerecht zu werden. Bei der Stationierung von Einheiten zur Rückversicherung an der NATO-Ostgrenze achten wir die NATO-Russland-Grundakte.

› Die außenpolitische Zurückhaltung der USA in den letzten Jahren hat eine Eskalation vieler Konflikte eher befördert als verhindert. Ein neuer amerikanischer Präsident sollte zu einem stärkeren verantwortungsvollem außenpolitischen Engagement ermutigt werden und Deutschland sich als Partner hierfür aktiv anbieten.

3. Deutschland führt aus der Mitte in und für Europa

› Der Zusammenhalt und die Zusammenarbeit in Europa ist der beste Garant für eine friedliche und sichere Zukunft Deutschlands. Europa muss für Frieden und Freiheit mehr Verantwortung übernehmen, in Ergänzung und im Rahmen der NATO. Deutschland übernimmt als Anlehnungspartner sicherheitspolitische Führungsverantwortung aus der Mitte der Europäischen Union heraus. Von oben herab erdachte Konzepte für eine europäische Armee haben in der Vergangenheit wenig Fortschritte gemacht. Stattdessen bieten wir unseren Verbündeten eine breit aufgestellte Fähigkeitsbasis an, auf der Nationen mit weniger Ressourcen aufsetzen und sich in ihrer Spezialisierung im Einsatz zur Wirkung bringen können. Solche praxisnahen bottom-up Ansätze bewähren sich bereits in einer Reihe von erfolgreichen Kooperationen. Dieses Vorgehen werden wir ausbauen. Das Prinzip „train as you fight“ beginnt bei der gemeinsamen Ausbildung. Gleichzeitig erlauben wir auf diese Weise Partnern mit weniger großen Streitkräften den Erhalt von Fähigkeiten in ihren Nationen, die Partizipation an Einsätzen und eine Erhöhung der Interoperabilität. Deutschland kann durch die enge Verzahnung seine Verantwortung in der Mitte der Partner wahrnehmen und dem verfügbaren Fähigkeitsprofil eine größere personelle wie materielle Tiefe verleihen.

4. Geostrategische Mitwirkung

› Die Bundeswehr muss künftig in der Lage sein, sich stärker auch dauerhaft in geostrategisch wichtigen, auch entfernteren Regionen der Welt positionieren zu können, beispielsweise um die Durchlässigkeit von Handelsrouten sicherzustellen. In Übereinstimmung mit dem

Koalitionsvertrag, lassen wir uns hierbei von den Interessen unseres Landes leiten. Aus den deutschen Sicherheitsinteressen ist die materielle Ausstattung der Bundeswehr abzuleiten.

5. Kampf gegen den internationalen Terrorismus

> Durch Terrororganisationen wie dem sogenannten „Islamischen Staat“ im Nahen Osten oder Boko Haram in Afrika werden ganze Regionen durch asymmetrische Gewalt bedroht und parallel dazu Anschläge mitten in Europa verübt. Mit unmittelbaren Beteiligungen an internationalen Einsätzen oder mittelbar mit Ausbildungsmissionen oder Ausrüstungshilfen stellt sich Deutschland dieser übergreifenden Bedrohung entgegen. Grundsätzlich stellen wir fest, dass der Einsatz bewaffneter Streitkräfte das intensivste Mittel zur Verhinderung von kritischen Entwicklungen bleibt, aber nicht notwendigerweise die Letzte aller Handlungsmöglichkeiten ist. Der rechtzeitige Einsatz ausreichender Polizeikräfte in europäischer Kooperation kann in krisenhaften Situationen die Sicherheit wiederherstellen, bevor es zu einer Eskalation auf die Ebene militärischer Mittel kommt. Doch kann in bestimmten Fällen auch ein früheres militärisches Eingreifen die Entwicklung von Krisen eindämmen und Schlimmeres verhindern.

> Weder Abschottung noch außenpolitische Zurückhaltung werden unsere Sicherheit verbessern. Deutschlands beste Chance, den aktuellen Herausforderungen zu begegnen, ist es, die Konflikte gemeinsam mit unseren Partnern dort zu entspannen, wo sie entstehen. Wir nutzen dabei die gesamte Palette der vernetzten Sicherheit von Diplomatie, wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Militär bis hin zum nachrichtendienstlichen Austausch mit befreundeten Diensten.

6. Äußere und innere Sicherheit sind nicht zu trennen

> Die aktuelle Sicherheitsarchitektur Deutschlands ist geprägt von den Anfängen der Bundesrepublik. Heute gibt es keinen Zweifel an der Verfassungstreue der Sicherheitsinstitutionen. Die Bindung der Bundeswehr an die freiheitlich demokratische Grundordnung sowie die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit sind ohne Zweifel. Die geübte Praxis, die Bundeswehr bei Naturkatastrophen oder Großschadenslagen, aber auch bei der Registrierung von Flüchtlingen hinzuzuziehen, ist Ausdruck dieses Vertrauens. Die Anschläge in Europa haben uns gezeigt, dass auch die Sicherheitspolitik im Innern als Ganzes betrachtet werden muss. Beispiele aus Frankreich und Belgien unterstreichen, dass Streitkräfte in besonderen Fällen bei Bedarf bei der schnellen Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung hilfreich sein können. Zukünftig muss die Bundeswehr im Bedarfsfall auch über die Amtshilfe hinaus ergänzend zur Polizei unterstützend einsetzbar sein. Wir

können uns das Nebeneinander von Strukturen nicht mehr erlauben. Der in der Verteidigungs- und Außenpolitik erfolgreiche Comprehensive Approach muss mit einer Vernetzung aller Sicherheitsakteure Deutschlands im Inneren eine Entsprechung finden. Bei der Sicherheit der Bevölkerung gilt der Grundsatz: „Haben ist hier besser als Brauchen“.

7. Breit aufgestellt für neue Herausforderungen. Gleichzeitigkeit und Vielfältigkeit bewältigen

> Die Bundeswehr muss darauf ausgerichtet sein, sicherheitspolitische Herausforderungen mit verschiedenen Anforderungsprofilen gleichzeitig bewältigen zu können. Die deutsche Sicherheitsarchitektur muss sich an diese neuen Herausforderungen anpassen und die Zusammenarbeit und Aufteilung von Militär, Polizei und Nachrichtendiensten sowie Außen- und Entwicklungspolitik neu aufsetzen. Entsprechend müssen die Strukturen der Bundeswehr aufgefüllt werden.

> Umfang der Bundeswehr flexibel anpassen

Die Struktur der Bundeswehr sieht einen Gesamtumfang der Streitkräfte von 185.000 Soldatinnen und Soldaten vor. Die aktuelle Änderung der Sicherheitslage war zum Beginn der Neuausrichtung der Bundeswehr 2011, die diesen Planungen zugrunde liegt, noch nicht absehbar. Um den Bedrohungen in den Zeiten der neuen Gleichzeitigkeit zu begegnen, ist dieser Umfang nicht mehr ausreichend. Stattdessen ist eine Flexibilisierung des personellen Gesamtumfangs der Streitkräfte notwendig. Verstärkte Abstützung auf Reservisten sowie eine Wiedereinführung der Möglichkeit einer verpflichtenden Heranziehung von beorderten Reservisten ist zu prüfen.

> Ausrüstung modernisieren

Die Gleichzeitigkeit der Bedrohungen macht es umso wichtiger, dass die Bundeswehr mit der Modernität der Ausrüstung an der Spitze der weltweiten technologischen Entwicklung steht. Die Bundeswehr bleibt in einem nicht vorhersehbaren sicherheitspolitischen Umfeld dabei, das gesamte Spektrum militärischer Fähigkeiten in den Streitkräften vorzuhalten und auszubilden. Eine Ausstattung der Streitkräfte mit 100% ihrer Soll-Ausstattung ist hierzu unabdingbar. Nur eine angemessen breite Aufstellung erlaubt es, sich flexibel auf immer neue Bedrohungslagen einzustellen und die Tiefe des Fähigkeitsprofils der Bundeswehr differenziert anzupassen. Auf diese Weise können wir Verbündeten mit weniger Ressourcen außerdem eine breit aufgestellte Fähigkeitsbasis anbieten, an die sie sich anlehnen können.

8. Innovationssprung in die Sicherheitspolitik 4.0

› Unsere Gesellschaft steht an der Schwelle zu einer neuen technischen Revolution, die unser Zusammenleben grundlegend verändert. Immer mehr unserer Lebensbereiche sind von Informationstechnologien durchsetzt. In der Wirtschaft beschreibt der Begriff „Industrie 4.0“ die sich abzeichnende Vernetzung der Industrie. Analog dazu wird sich die Verteidigungspolitik darauf einstellen müssen, mit den Chancen und Risiken einer Sicherheitspolitik 4.0 umzugehen. Alle Einsatzräume werden bald digital bestimmt sein. Die Streitkräfte, ihre Ausrüstung und ihre Arbeitsweise werden sich dadurch verändern. Personalfragen werden sich in der Folge in Zukunft ganz anders darstellen. Die heimische Industrie wird in der Lage sein müssen, diese neuen Systeme herstellen zu können. Das erfordert einen Innovationssprung, den andere Nationen bereits begonnen haben. Und über Allem wird sich ein leistungsfähiger Schutzschirm der Cyber-Sicherheit wölben müssen. Denn wer digital vernetzt ist, ist auf diesem Wege auch angreifbar. Die Bundeswehr braucht alle Instrumente zur Abwehr von Cyber-Angriffen auf sensible Bereiche.

9. Unterstützung der Frontex-Grenzsicherung mit europäischen militärischen Fähigkeiten.

› Die Bundeswehr kann einen europäisch abgestimmten Beitrag leisten, um die Grenzen der EU abzusichern und damit Schleusertätigkeit und Kriminalität die Grundlage zu entziehen. Aktuell sehen wir das beim NATO-Einsatz in der Ägäis. Auch zu Lande und in der Luft ist ein entsprechender Einsatz von Streitkräften zu prüfen.